

MEINE SICHT

Gut gebrüllt, Löwe



Ellen Wesemüller zum Kampf Bildungssenat gegen Kopftuch
Foto: nd/Ulfi Winkler

Mit Seyran Ateş, der feministischen Rechtsanwältin und muslimischen Kopftuchgegnerin, hat der Bildungssenat einen Coup gelandet: Es ist ihm mit dieser Personalie schwerer vorzuwerfen, dass es ihm beim Kopftuchverbot von Lehrerinnen a) darum geht, Frauen und b) eine Religion zu diskriminieren.

Es bleibt aber genau das – auch, wenn man sich die bisherige Rechtssprechung sowie das politische Urteil der Koalitionspartner anschaut, die zumindest die Novellierung des Berliner Neutralitätsgesetz anmahnen. Dagegen hat sich die Bildungssektorin nun entschieden. Mit Ateş als Vertreterin des Landes Berlin vor dem Arbeitsgericht am Mittwoch und Donnerstag, das eine Klage einer versetzten Lehrerin verhandelt, wird nun personell und verbal schweres Geschütz aufgeföhren: Man wolle sich notfalls bis zum Verfassungsgericht durchklagen, damit das geltende Recht bestehen bleibt.

Gut gebrüllt, Löwe, allerdings wäre der Senat dort eh gelandet, sobald er Revision in einem der beiden Fälle eingelegt hätte, in denen er bereits zu Schadenersatz verurteilt worden war, weil er Kopftuchträgerinnen gar nicht erst eingestellt hatte. Dagegen hatte er sich nicht gewehrt, jedoch nicht aus Einsicht, sondern aus Trickreichtum: Er stellt seitdem ein, aber antreten dürfen die Frauen ihren Dienst an Grundschulen trotzdem nicht.

Damit hat sich bestätigt, dass die SPD-geführte Bildungsverwaltung festhalten will an einem Gesetz, dessen Inkompatibilität mit der Verfassung auch der wissenschaftliche Dienst des Parlaments bezweifelte.

Das Gericht hatte argumentiert, dass der Senat nicht beweisen konnte, dass der Schulfrieden konkret gefährdet ist. Eine pauschale Gefahr sei unzureichend. Hier müsse nicht nach Schulart, sondern nach Bevölkerungszusammensetzung argumentiert werden. Vieles ließ die Begründung offen. Die Generaldebatte mit Koalitionspartnern und Parlament blieb aus. Nur die Haltung der SPD blieb gleich.

Bildung auf letztem Platz

Im Ländervergleich des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) belegt Berlin erneut den letzten Platz. Das ergab die Auswertung der Indikatoren aus den Jahren 2015 und 2016, die das IW am Donnerstag veröffentlichte.

Besonders negativ fiel die hohe Quote der Schulabbrecher auf: 9,6 Prozent, bei ausländischen Schülern sogar 21,3 Prozent (bundesweit 5,6 Prozent). Zudem erfüllten viele Schüler in den Vergleichsarbeiten nicht die Mindeststandards. Die Ausbildung brachen knapp 40 Prozent ab (bundesweit 27,5 Prozent). Die Promotionsquote ist in Berlin allerdings bundesweit die beste.

»Die Ergebnisse sind im Bereich der schulischen Leistungen besorgniserregend«, sagte Carsten Bönstrup von den Unternehmerverbänden Berlin-Brandenburg. »Das Ergebnis der Studie ist nach wie vor beschämend«, sagte Paul Fresdorf (FDP). ewe



Im Innern des ICC mussten die Geflüchteten ohne Tageslicht leben.

Foto: dpa/Bernd von Jutrczenka

Geflüchtete verlassen ICC-Höhle

In den nächsten zwei Wochen sollen alle Bewohner der Notunterkunft umziehen

Die Notunterkunft am Messedamm ICC wurde vor mehr als zwei Jahren provisorisch für Geflüchtete eingerichtet. Für die verbliebenen Bewohner soll in neuen Unterkünften jetzt alles besser werden.

Von Katharina Schwirkus

Die Bewohner des ehemaligen Internationalen Congress Center (ICC) gehen ihre gewohnten Gänge. Eine junge Frau will mit ihrem Vater zum Arzt, ein Familienvater geht mit seiner Frau spazieren. In den nächsten zwei Wochen sollen sie in andere Unterkünfte gebracht werden, an welchem Datum sie umziehen werden, wissen sie jedoch nicht. »In den nächsten Tagen werden wir einen Brief bekommen, dann wissen wir mehr«, erzählt ein Mann, der mit seiner Frau und Kindern in der Unterkunft lebt. Seinen Namen möchte er lieber nicht in der Zeitung lesen.

»Der Umzug ist immer schwierig, auch wenn sich viele Menschen auf die neuen Unterkünfte freuen werden«, sagt Monika Hebbinghaus, Sprecherin des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das die Umzüge betreut. Das LAF arbeitet dabei in enger Absprache mit dem Malteser Hilfsdienst zusammen,

der die Notunterkunft für Geflüchtete betreibt.

Mehr als 200 Menschen leben noch in der Notunterkunft. An diesem Freitag sollen erst einmal elf Menschen aus sogenannten sicheren Herkunftsländern umziehen. Dabei handele es sich um einen Probelauf – um zu sehen, wie die folgenden Umzüge ablaufen können – erklärt Jenny Rumohr, die Leiterin der Einrichtung. »Das LAF ist heute auch vor Ort, um zu sehen, dass die Abläufe reibungslos laufen«, sagt Rumohr.

Am Vormittag besuchte Leon Friedel, Integrationsbeauftragter von Charlottenburg-Wilmersdorf, das Flüchtlingsheim, um sich seinerseits über die Verträglichkeit der Umzüge zu informieren. »Wir vom Bezirk sind natürlich auch interessiert daran, dass gerade Familien mit schulpflichtigen Kindern in die Nähe verlegt werden«, so Friedel. Für dieses Ziel hatte sich im Vorfeld der Umzüge auch die Initiative Willkommen im Westend engagiert. »Es gab im Voraus viele Versprechen, dass diese Umzüge besser organisiert werden sollen als frühere. Ob diese Versprechen gehalten werden, wissen wir aber nicht«, sagt Amei von Hülsen-Poensgen, die Mitglied der Hilfsinitiative ist.

Während die Umzüge erst Anfang September abgeschlossen sein sollen, nahm die CDU den beginnenden Auszug zum Anlass, neue Pläne für das ICC zu fordern. Stefan Evers, Generalsekretär und stadtentwicklungs-

»Der Umzug ist immer schwierig, auch wenn sich viele Menschen auf die neuen Unterkünfte freuen werden.«

Monika Hebbinghaus, Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten

politischer Sprecher der Fraktion, sagte: »Meistern muss der Senat jetzt endlich die Frage, wie es mit dem ICC weitergehen soll.«

Für Sozialsenatorin Elke Breitenbach (LINKE) standen dagegen die Menschen im Vordergrund. Sie sagte zu der Schließung der Asylunterkunft: »Die Bewohnerinnen und Bewohner werden sich sicherlich in ihrem neuen Wohnumfeld schnell einleben, denn alle werden nun in deutlich besseren Unterkünften untergebracht.« Auch die Präsidentin des

LAF, Claudia Langeheine, blickte der Auflösung der Unterkunft positiv entgegen: »Das ICC war damals gut genug für den Moment der Not, als die Geflüchteten dringend ein Obdach brauchten. Es ist Zeit, dass sie von dort jetzt in deutlich bessere Gemeinschaftsunterkünfte ziehen, in denen sie selbst kochen können und mehr Privatsphäre haben.« Ob der letzte Punkt für alle Betroffenen eingehalten werden kann, wird sich zeigen. Denn einige Bewohner werden in die Erstaufnahmeeinrichtung Eschenallee umziehen, wo noch immer etwa 100 von 400 Bewohnern das Kochen verboten wird.

Während die Geflüchteten im Messedamm auf ihre Briefe warten, herrscht auch beim Sicherheitspersonal der Firma Gegenbauer Anspannung. »Ich weiß noch nicht, ob ich nach den Umzügen wieder engagiert werde«, sagt ein Mitarbeiter des Sicherheitsunternehmens, der in den letzten Monaten vor der Unterkunft tätig war und ebenfalls nicht namentlich erwähnt werden will. »Morgen habe ich noch ein Bewerbungsgespräch, hoffentlich werde ich dann in einer anderen Unterkunft etwas finden, auch wenn ich mich an die Menschen und den Ort hier sehr gewöhnt habe.«

Auflagen für linken Protest gegen Nazis

Nach Auflagen der Versammlungsbehörde dürfen Antifaschisten an diesem Samstag um 11 Uhr nicht vom Bahnhof Spandau zu einer Kundgebung in der Nähe des ehemaligen Kriegsverbrechergeländes ziehen. In Spandau wollen an diesem Samstag hunderte Neonazis aus ganz Europa anlässlich des 30. Todestages des Hitler-Sellvertreters Rudolf Heß aufmarschieren.

Zahlreiche Organisationen, Parteien wie SPD, LINKE und Grüne sowie Initiativen haben Proteste gegen den rechtsextremen Aufmarsch angekündigt. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) erklärte am Freitag, dass eine Kundgebung in der Wilhelmstraße 23 von der Behörde ebenfalls in eine Seitenstraße »beauftragt«, worden sei. Zuvor habe man dem Anmelder diesen Ort noch zugesichert. Aufgrund der späten Zustellung der Auflagenbescheide will die VVN-BdA nicht klagen. Die Organisation erklärte am Freitag aber erneut ihr Unverständnis darüber, dass »ein ganzer Kiez der Neonazis« als »Aufmarschgebiet« zur Verfügung gestellt werde.

Bereits am Donnerstagabend traf sich etwa ein Dutzend Rechts-extremisten in Mitte zu einer Kundgebung zum Todestag von Rudolf Heß, der sich am 17. August 1987 im Spandauer Gefängnis das Leben genommen hatte. mkr

Ver.di: BVG spähte aus

Die Gewerkschaft ver.di hat den Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) vorgeworfen, über das Computersystem Protokolle der Arbeitnehmervertretung ausgespäht zu haben. Konkret gehe es dabei um den Bereich U-Bahn, teilte ver.di am Freitag mit. Die BVG weist die Anschuldigungen zurück. »Es hat im Frühjahr im IT-Bereich beim Einrichten eines Computers einen Fehler gegeben«, sagte BVG-Sprecherin Petra Reetz. Dabei habe ein Mitarbeiter der Leitungsebene einen Zugriff bekommen, den er nicht hätte haben dürfen. Der Zugang habe vom 22. März bis zum 4. April bestanden. Nachdem sich der Mitarbeiter selbst darüber gewundert habe, sei der Zugriff sofort blockiert worden. dpa/nd

LAGeSo-Chef ist rehabilitiert

Staatsanwaltschaft sieht Vorwürfe gegen Behördenchef Franz Allert nicht bestätigt

Die Ermittlungen gegen neun Mitarbeiter des Landesamts für Gesundheit und Soziales haben keine ausreichenden Hinweise ergeben, die eine Klage rechtfertigen. Die Betroffenen sind erleichtert.

Von Johanna Treblin

Die Ermittlungen gegen den Chef des Landesamts für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) Franz Allert sind eingestellt worden. Das bestätigte dem »nd« am Freitag eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft. Die Strafverfolgungsbehörde hatte wegen möglicher Haushaltsuntreue ermittelt. Geprüft wurde, ob dem Land Berlin bei der Vergabe von Flüchtlingsunterkünften in den Jahren 2013 bis 2015 finanzieller Schaden entstanden war (»nd« berichtete). Nun haben die Ermittlungen »keinen genügenden Anlass« zur Erhebung einer Klage ergeben, so die Sprecherin.



Franz Allert Foto: dpa/Clemens Bilan

Auch die Ermittlungen gegen acht weitere teils frühere Mitarbeiter des LAGeSo wurden eingestellt. Dem »neuen deutschland« liegt ein entsprechendes Schreiben der Staatsanwaltschaft an einen der Betroffenen vom 14. August vor, der nicht namentlich genannt werden möchte. Das Schreiben war am Donnerstag bei ihm eingegangen. »Mit gro-

ßer Erleichterung habe ich jetzt schriftlich bescheinigt bekommen, dass ich nicht strafrechtlich belangt werde«, sagte er dem »neuen deutschland«. »Jetzt fragen wir uns alle: Wie konnte es dazu kommen?«

Vorausgegangen war den Ermittlungen ein Wirtschaftsprüferbericht vom Frühjahr 2015, der Anzeichen dafür sah, dass »Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit« verletzt worden seien. Daraufhin bat seinerzeit die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales unter Mario Czaja (CDU) um Aufnahme von Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft. Im September 2016 wurden die Wohnungen mehrerer Mitarbeiter durchsucht.

Weitere Ermittlungen gegen LAGeSo-Mitarbeiter wegen möglicherweise zu hoch abgerechneten Honoraren von Dolmetschern und fehlerhafter Hostelrechnungen, die in diesem Jahr aufgenommen wurden, laufen weiter.

ANZEIGE

DER RAT DER GÖTTER

DEFA 1950

▶ nd-Filmclub special
Mittwoch, 30. August 2017

Gedenkveranstaltung für Inge Keller

Paul Werner Wagner im Gespräch
mit Hans-Dieter Schütt

Beginn
18 Uhr

Der Amerikaner Richard Sasuly schrieb nach Prozessakten ein Buch über die IG Farben. Der Film orientiert sich daran und thematisiert die Rüstungsproduktion und Giftgasherstellung für die Konzentrationslager der Nazis. Dem Konzern ging es um Expansion und Gewinn um jeden Preis. Der Chemiker Dr. Scholz ist ein Mitläufer, der sich aus Angst der Wahrheit verschließt. Erst nach einer Explosionskatastrophe 1948 in Ludwigshafen bricht er sein Schweigen. Der Film ist ein Wiedersehen mit der wunderbaren Inge Keller.

In Kooperation mit der Friedrich-Wolf-Gesellschaft und Kino TONI

KINO TONI AM ANTONPLATZ, BERLIN, ANTONPLATZ 1
EINTRITT 8 €, ERM. 6 €, RESERVIERUNG: 030-92 79 12 00

neues deutschland nd
SOZIALISTISCHES CHEFTAGSBLATT